

VLK Hessen

## **VLK-HESSEN BESCHLIESST PRU?FSTEINE FU?R EINE NEUE HESSISCHE LANDESREGIERUNG**

17.11.2013

---

Die VLK-Hessen fasste auf ihrer Landesdelegiertenversammlung am 16. November 2013 folgenden Beschluss einstimmig:

### **PRU?FSTEINE FU?R EINE NEUE HESSISCHE LANDESREGIERUNG**

**Antragsteller: VLK-Landesvorstand**

Die Landesdelegiertenversammlung mo?ge beschlie?en:

Die VLK-Hessen sieht die ku?nftige hessische Landesregierung in der Pflicht, in der kommenden Legislaturperiode besonderes Augenmerk auf folgende Themen zu legen:

#### **1. KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG STA?RKEN**

Die Prinzipien der Subsidiarita?t und Konnexita?t mu?ssen sta?rkere Beachtung finden.

Unerfu?llbare Anforderungen und unbezahlbare Aufgabenzuweisungen an die Kommunen sind nicht hinnehmbar. Der kommunale Finanzausgleich muss in einer Weise reformiert werden, die sowohl dem Ballungsraum als auch dem Verdichtungs- und la?ndlichen Raum die Erfu?llung ihrer unterschiedlichen Aufgabenzuschnitte ermo?glicht. Er muss Fehlanreize ausschlie?en, den Wettbewerb fo?rdern, Leistungsanreize bieten und funktionelle, soziale und regionale Besonderheiten beru?cksichtigen. Der Schutzschild fu?r hessische Kommunen war eine gute Ma?nahme, um die Haushalte dauerhaft defizita?rer Kommunen zu sanieren. Interkommunale Zusammenarbeit ist eine gute Mo?glichkeit der Kosteneinsparung und Effizienzsteigerung und verdient einen ho?heren Stellenwert. Der Strukturwandel im la?ndlichen Raum muss aktiv gesteuert

werden.

## **2. VIELFALT, INTEGRATION UND CHANCENGERECHTIGKEIT**

Eine liberale Gesellschaft ist eine Chancengesellschaft. Von einer gelungenen Integration und einer erfolgreichen Bildungspolitik hängen sowohl der Wohlstand künftiger Generationen als auch der soziale Frieden in Deutschland ab. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass der Staat im Rahmen seiner Daseinsvorsorge seine

Aufgaben für Bildung und Integration leistet, aber nur mit dem privaten Engagement von Bürgern und Bürgern, Vereinen und Stiftungen können die gesellschaftlichen Probleme gelöst werden. Die hessischen Kommunen haben beim Ausbau der Kinderbetreuung eine immense Kraftanstrengung auf sich genommen und ihren Beitrag für nachhaltige Erfolge in der Bildungs- und Integrationspolitik geleistet. Eine Toleranz- und Willkommenskultur ist für den Ballungsraum eine Wettbewerbsfrage, für den ländlichen Raum geradezu eine Überlebensfrage.

Die bisherige Landesregierung hat im Bereich der Schul- und Bildungspolitik in Hessen Maßstäbe gesetzt. Die aktuelle Lehrerversorgung ist in Hessen so gut wie nie.

Die Einführung der selbständigen Schule war ein Meilenstein und kann den Schulen vor Ort Gestaltungsspielräume verschaffen, wo man am besten beurteilen kann, welche Probleme und Notwendigkeiten bestehen. Die Einführung islamischen Religionsunterrichts unter staatlicher Regie war ein mutiger und weitsichtiger Schritt.

## **3. STRASSEN, SCHIENEN UND SCHNELLES INTERNET**

Es darf keinen Stillstand beim Ausbau der Infrastruktur geben. Das betrifft nicht zuletzt den extrem belasteten Ballungsraum, den wichtigsten Verkehrsknoten Europas.

Hier müssen der Bau notwendiger Umgehungsstraßen, der Ausbau des schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs und wichtiger übergeordneter Straßen- und Schienenprojekte weiter intensiv vorangetrieben werden, wenn das wirtschaftliche Herz Hessens auch in Zukunft einen Großteil der Finanzierung des gesamten Bundeslandes im bisherigen Umfang leisten können soll. Der wirksame Schutz vor Lärm und Abgasen muss künftig eine größere Rolle spielen.

Als besonders vordringlich zu nennen sind hierbei die Regionaltangente West, die nordmainische S-Bahn in Richtung Hanau, die S-Bahn-Ausbauten zwischen Frankfurt und Friedberg, die S-Bahn-Anbindung von Gateway Gardens am Frankfurter Flughafen und die Riedbahn, aber auch die beiden Neubaustrecken Frankfurt–Mannheim und Hanau–Fulda. Die Landespolitik darf sich hier nicht aus der Verantwortung stehlen und muss sich auch erfolgreich auf Bundesebene für die Bereitstellung der erforderlichen Gelder einsetzen. Die intelligente Vernetzung von Verkehrsmitteln (»intermodale Mobilität«) mithilfe moderner Mobiltelefone muss ausgebaut werden.

Kommunen ohne schnelles Internet (Breitband) sind nicht lebensfähig. Wir betrachten Internet als heutzutage selbstverständliche Universalienleistung, die jedem Bürger und jedem Unternehmen zur Verfügung stehen muss. Das Projekt Breitband in Hessen ist mit Hochdruck weiterzuführen. Binnen einer erschrebbaren Frist muss deshalb in Hessen flächendeckendes Internet mit mindestens 6 MBit/s realisiert werden, ggf. ist der rechtliche Rahmen zu schaffen, das Angebot nach skandinavischem Vorbild auch von Kooperationen oder Konsortien bereitstellen zu lassen. Unabhängig davon sind symmetrische 50 bis 100 MBit/s anzustreben.

#### **4. ENERGIEWENDE UND VERSORGUNGSSICHERHEIT**

Die Energiewende muss unter rationalen Gesichtspunkten vorangetrieben werden, das gilt besonders beim Ausbau der Windenergie. Wir Liberalen verstehen Windkraftanlagen als Kraftwerke, nicht als Symbole. Wirtschaftliche Vernunft und die Schonung von Landschaft und Bevölkerung sind deshalb zwei Seiten derselben Medaille. Die Ausweisung von Windvorranggebieten darf dort, wo auch trotz des Bevölkerungsruhegangs auch in Zukunft noch Wachstum in Hessen stattfindet, notwendige Flächenzuweichse nicht vereiteln. Der Ausbau der Stromtrassen muss seriös geplant und durchgeführt werden.

In Übereinstimmung mit dem Bundestagswahlprogramm der FDP kommt für die VLK-Hessen der unkonventionelle Schiefergasabbau mittels Einpressbohrungen (»Fracking«) generell nur mit ungiftigen Stoffen und außerhalb von Wasserschutzgebieten in Frage. Gesellschaftliche Akzeptanz und höchste Umweltstandards sind unerlässlich; der Trink- und Grundwasserschutz darf zu keinem Zeitpunkt gefährdet werden.

Den Wasserbeho?rden muss ein umfangreiches Vetorecht zustehen.

## **5. BALLUNGSRAUM FRANKFURT-RHEIN-MAIN STA?RKEN**

Das Metropolregionsgesetz muss weiterentwickelt werden. Die Doppelstruktur von Regionalverband und Regionalversammlung, die u?bereinstimmende Beschlü?sse fassen mu?ssen, ist extrem aufwendig, ineffizient und teuer.

Die regionale Raumordnungsplanung einschließlich der Trassenfreihaltung fu?r regional bedeutsame Infrastrukturprojekte kann auch von der Regionalversammlung und dem Regierungspra?sidium Darmstadt geleistet werden. Die Konzentration von Fla?chenzuwa?chsen an den Nahverkehrssachen kann durch Fla?chenkontingente auf Ebene der Regionalversammlung geschehen. Die Fla?chennutzungsplanung ko?nnte wieder auf die Kommunen zuru?ckverragen werden.

Weitere regionale Aufgaben, wie etwa die Krankenhausplanung oder die Gewa?hrleistung der Wasserversorgung, ko?nnen aus unserer Sicht am besten unter Wahrung der Eigentumsverha?ltnisse u?ber Landesfachgesetzgebung geregelt werden. Der Wildwuchs bei den regionalen Gesellschaften muss bereinigt werden. Dies geschieht am besten u?ber Anreize.

### **Begr?ndung**

erfolgt mu?ndlich.